

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Bestellung 2,75 M., durch
den Post 3 M., monatlich 1 M., ohne Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Hier die Redaktion verantwortlich:
Dr. Guido Schulze in Halle.
(Kreuzverbindung mit Berlin, Belg. Magdeburg 10.
Konting.-Nr. 170.)

Saale-Beitung.

Direktions-Adressen.

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

werden die Spalten ober dem Raum
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg., berechnet und in der Expedition,
von unseren Annahmestellen und allen
Kantons-Expeditionen angenommen.
Bestellen die Zeile 60 Pfg.
Erhalten wöchentlich 2 Mal.
Sonntag- und Feiertage einzeln,
sonst zweimal täglich.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 8. Nov. Der Kaiser, welcher gestern Abend von
Breslau abfuhr, hat heute Morgen kurz nach 3 Uhr aus dem
Bahnhof Friedrichstraße hier ein und begab sich sofort nach dem
Reichswald.

Die Kaiserin richtete an den Berliner Magistrat sowie an
den Magistrat und die Stadtverordneten in Potsdam Dank-
schreiben für die Glück- und Segenswünsche anlässlich ihres
Geburtsstages.

Gestern Vormittag fand in der reichsgemeinnützigen Schwedischer-
str. 170 ein Fest für die verlebte Fürstin in Mathilde
Abdankung in Gegenwart der Kaiserin, des Prinzen und der
Prinzessin Leopold und anderer hoher Personen statt.

Ein am Sonntag ausgegebenes Extrablatt des „Anhaltischen
Staats-Anzeigers“ meldet: Am heutigen Tage fand auf dem
Herzoglichen Schloß hier die Verlobung der Prinz-
essin Alexandra von Anhalt mit dem Prinzen Sizao
von Schwarzburg-Rudolstadt statt. Prinzess Alexandra,
die jüngste Tochter des Herzogs von Anhalt, ist am 4. April
1868 geboren, Prinz Günther Sizao von Schwarzburg-Rudol-
stadt, der fünftige Thronfolger von Schwarzburg-Rudolstadt, am
8. Juni 1860.)

Die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen ist, wie
schon gemeldet, am Donnerstag von zwei Söhnen entbunden
worden. Die Prinzessin ist die jüngste Schwester des Kaisers.
Am 25. Juni 1893 vermählte sie sich; am 23. Nov. desselben
Jahres wurde der erste Sohn, Prinz Friedrich Wilhelm, am
20. Okt. 1894 der zweite Sohn, Prinz Maximilian, geboren.
Die Ehe ist mit ihm jetzt mit vier Söhnen gesegnet.

Die Kaiserin von Oesterreich ist heute mittags 12 Uhr
von München nach Wien zurückgekehrt.

Der Prinz und die Prinzessin Ferdinand von
Sachsen sind in Sigmaringen eingetroffen.

Neue Entfaltungen.

Aus dem schon telegraphisch signalisirten neuesten Artikel der
„Hamb. Nachr.“: „Der Kampf gegen den Vorstoß des
„mar.“ entnehmen wir noch folgende Stelle im Wortlaut:

Die Frage, ob politische Beziehungen, die seit mehr als
6 Jahren bedeutungslos geworden sind, nach dem Genügsam-
keits der demokratischen Blätter „Hilfs- und Jugendblätter“ oder
rückschlagen zu sein, wo sie im Interesse des Friedens
hergestellt wurden, hat keine bewegende Kraft für die öffent-
liche Meinung. Da, wo sie eine berechtigte Kritik finden
konnte, der den Gewissen des Reiches, hat sie offenbar
keine Erregung verursacht und erlangt kaum in einzelnen
sporadischen Kreisen der Berliner offiziellen Einflüsse Beachtung.
Die hitzige Entzweiung unserer heimischen Demokratie findet
dort nur mühsamen Anklang und eben in Frankreich. In
England zeigt sich schon mehr Sympathie dafür, wie natürlich
für jedes Aufsehen von Symptomen rassenfeindlicher Ge-
sinnung in Preußen und in Deutschland seit dem Krimkrieg,
in der politischen Revolution von 1893, in Bezug auf die sog.
„Gezengänge“, den preussisch-russischen Abkommen, über welches
der Oberst der preussischen Diplomatie, der englischen Blätter
und der englischen Diplomatie mit gleicher Heftigkeit befaßt.
Und wenn man in England gewohnt hat, daß die russische Ver-
sicherung, welche nach dem Berliner Kongress gegen Deutsch-
land laut wurde, auf irgend einem Wege der diplomatischen
Verständigung ihrer Erfüllung entgegen, so wird man natür-
lich allen englischen Einflüssen in der Demokratie und in der
deutschen Bevölkerung angepaßt haben, um diese Stellung zu
verändern. Die Dreierlei-Begegnungen von Berlin im Jahre
1872 und von St. Petersburg im Jahre 1884 haben nicht in
die englische Politik, und wenn in der That ein Abkommen
daranz sich gebildet hat, welches Deutschlands Neutralität im
Falle eines Angriffs in Aussicht stellt, so war die Be-
seitigung eines solchen Abkommens Aufgabe der englischen
Politik von dem Augenblicke an, wo es letztere die Überzeu-
gung hatten, daß es existierte. Wenn es existierte, so konnte
es keine Wirkung ja nur England und Frankreich gegenüber
äußern.

Frankreich gegenüber zu Gunsten Deutschlands, was
den englischen Politikern gleichgültig gewesen sein
würde, aber England gegenüber ausschließlich zu Gunsten
Englands. Zwischen diesen beiden Mächten konnten Handel
in Asien und im Orient entstehen, und wenn dies der Fall
war, so hatte die Haltung Deutschlands ihre Wichtigkeit. Ein
anderer als ein englischer Angriff auf Asien wird den
Kontrahenten wohl kaum vorgeschwebt haben und namentlich
keiner von seinen Vorkämpfern, daß sich auf einen unvorhergesehenen
Angriff auf Asien doch kaum jemals eingelassen haben würde,
ohne seine Absichten vorher mit der deutschen Reichspolitik zu
besprechen; aus solcher Besprechung würde auch für beide
Theile die Klarheit darüber gewonnen worden sein, ob ein
bedeutungsvolles, gleichzeitiges Vorgehen ein provokatives sei oder
nicht. Die Weltlage, wie sie jetzt ist, ist die Folge einer
Bestimmtheit, daß die deutsche Politik früher oder später als ihre
Aufgabe angesehen.

Die schwerwiegendsten von unseren Veröffentlichungen,
wenn sich dieselben, wie es scheint, als begründet erweisen,
heißt auch wohl nicht in der sehr geschickten und verständigen
Verständigung der beiden Vorkämpfer, sondern in der
Angabe, daß auf die Beibehaltung derselben nach 1890 von
unserer Seite verzichtet werden soll. Wenn diese Ange-
legenheit nicht aufhört, als bisher in Abrede gestellt wird, so
wird sich der Fortschritt in der Presse und eventuell im
Reichstage doch wohl mehr auf die Gründe dieser Ab-
scheidung als auf die Motive der Herstellung und der öffent-
lichen Vernehmung des sogenannten russischen Abkommens
richten. Dieses Abkommen muß, wenn wir recht unterrichtet
sind, von allen drei deutschen Staaten gebilligt worden sein
bis 1890. Für seinen Abbruch, wenn es bis 1890 gebilligt
war, wäre die Frage von Interesse, wenn England bekanntlich
von der Geltung derselben erhalten hat.

Nach ein Sozialdemokrat.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Brandenburg-
Westbavelland ist zu Gunsten des sozialdemokratischen
Kandidaten ausgefallen. Der bisher nationalliberale Wahlkreis

— beiläufig bemerkt, der letzte, den die Nationalliberalen in den
Gebieten östlich der Elbe noch inne hatten — wird bis zu den
Neuwahlen von 1898 durch einen Sozialdemokraten im Reichs-
tage vertreten sein. Der Vorgang illustriert wieder einmal die
solche Taktik der nationalliberalen Partei. Ueberall, wo sie
mit den Agrariern und Konservervationen Wahlbündnisse schließt,
benachteiligen sich diese alsobald der Führung und schließen den
Nationalliberalismus, der sich seiner liberalen Überzeugungen ent-
äußert hat, von der Vertretung aus. Die diesmalige sozial-
demokratische Mehrheit von 35 Stimmen in der brandenburger
Stichwahl bedeutet allerdings nicht viel und garantiert der
regierenden Partei den Besitz nicht auf die Dauer. Ganz sicher
aber würden die Liberalen den Wahlkreis nicht wieder gewinnen,
wenn sie nicht gefolgt wären. Wie man für die Zukunft
ähnlichen Niederlagen vorbeugen will, wird Sache der be-
rechtigten Parteien sein. Auf den bisherigen Wege dürfte das
Ziel aber schwerlich zu erreichen sein. In Wahlkreisen wie
dem brandenburgerischen giebt schließlich die ländliche Bevölkerung
den Ausschlag und so lange man diese der Führung des Bundes
der Landwirthe überläßt, wird die Wahl mehr oder weniger ein
Lotteriespiel sein.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die Sitzung des Staatsministeriums am Freitag,
an welcher außer sämtlichen Ministern auch der Staatssekretär
des Reichsjustizministeriums Graf Posadowsky theilnahm, dauerte fünf
Stunden. Am Sonnabend nachmittag trat, wie schon gemeldet,
das Staatsministerium unter Vorsitz des Reichstanzlers Fürsten
Hofenlohe abermals zu einer Sitzung zusammen. Wie die
„Staatsbürger-Ztg.“ wissen will, hat das Staatsministerium
in seiner Freitagssitzung die Beratungen über die Vorlage,
betreffend die Erhöhung der Beamtengehälter, zu Ende
geführt. Die hierzu erforderlichen Aufwendungen werden an-
geblich 28 bis 30 Millionen betragen.

* Die Resolution des allgemeinen preussischen Städte-
tages, welche die Aufhebung der Privilegien der
Bürgermeister, Gemeindevorsteher und der Kommunal-
Beauftragten fordert, ist jetzt dem Herrenhaus, sowie dem
Hause der Abgeordneten mit der Bitte zugegangen, sie bald-
möglichst insbesondere bei Gelegenheit der bevorstehenden Auf-
hebung der Staatsbeamten-Gehälter zu berücksichtigen.

* Nach einer Meldung polener Blätter soll der Distrikt-
kommissar v. Carnap in Palantia sein Abschiedsgesuch
eingereicht haben.

* Im Großherzogthum Oldenburg ist durch landes-
herrliche Verordnung nunmehr auch die bedingte Ver-
zehrung eingeführt worden.

Wirtschaftspolitische.

* Ueber die Frage der Ermäßigung der Gütertarife
glauben die „Münch. Reichs-Nachr.“ annehmen zu können, daß
der bayerische Eisenbahndirektor v. Crailsheim sich bei Gelegen-
heit der Eröffnung einer preussisch-preussischen Bahn mit dem
Minister Theil verhandelt habe, mit Rücksicht darauf, daß die
bayerische Eisenbahnverwaltung im Jahre 1896 auf eine Mehr-
einnahme von 6 Millionen Mark rechnen darf. Minister
v. Crailsheim sei gewillt, überall da Tarifermäßigungen ein-
treten zu lassen, wo sie durch das Vorgehen Preussens bedingt
erscheinen und wo sich ergibt, daß sich durch die Tarifänderung
die wirtschaftliche Produktion verheerlicher läßt.

* Zu den neuerdings laut gewordenen Wünschen auf Er-
richtung eines Zolltariffamtes bemerken die „Berl. P. N.“:
Ein Reichs-Zolltariffamt ließe sich nur errichten, wenn die
Eingetragenen von ihren Kompetenzen in Zollfragen zurück-
treten würden. Daran ist aber für absehbare Zeit nicht zu
denken. In der Reichsverwaltung ist man zu demüthigt gewesen,
solche Erleichterungen als möglich zu schaffen, und dazu gehört
auch die Einrichtung, daß periodisch das Amtliche Waaren-
verzeichnis zum Zolltariff, auf Grund dessen die Zoll-
erhebungen vorgenommen werden, einer Revision unterzogen
wird. In dieser Revision wird fortwährend gearbeitet und es
ist nicht ausgeschlossen, daß in verhältnismäßig naher Zeit
Veränderungen vorgenommen werden.

* Die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen
Deutschland und Frankreich betr. Tunis sind, nach
einer späteren Meldung der „Berl. Ztg.“ zum Abschluß ge-
kommen. Dieser Tag wird der Vertrag unterzeichnet werden.
Damit hört die Herrschaft des Generalzolltariffs für die deutsche
Einfuhr nach Tunis auf, welcher Tarif freilich von der fran-
zösischen Regierung niemals in voller Strenge auf deutsche
Waaren angewendet wurde.

* Die „Dtsch. Agztg.“ hat dieser Tage eine Petition gegen
die Einfuhr baltischer Waaren nach Schleswig-Hol-
stein mitgetheilt, welche Landwirthe und Interessenten Schles-
wig-Holsteins an den Reichstags-Tage stellen wollen. Sie verlangen
die Aufhebung der Quarantäne-Anstalt Quedlinburg und die
Beschränkung der Einfuhr auf die Quarantäne-Anstalt in
Tönning. Der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Land-
wirthschaftskammer, Graf Manteuffel, theilt mit, der Vor-
stand derselben habe unter Zuguhung des Vorsitzenden des
Vieh-Richters- und Graviervereins am 9. d. M. beschlossen, die
Einfuhr von Vieh aus Schleswig-Holstein auf Magdervieh
und den Landweg zu beschränken, also die Quarantäne-
Anstalt aufzugeben, d. h. die Konkurrenz des baltischen Schlachts-
viehs und Auktionsviehs ganz auszuscheiden. Die Vertreter der Land-
wirthschaft sind wenigstens ehrlich, sie verlangen den Ausschluß
des baltischen Schlachtsviehs; nicht aus veterinärpolizeilichen
Gründen, weil das baltische Vieh gesund ist, sondern aus Ge-
schäftsrückichten.

* Die brandenburgische Landwirthschafts-
kammer hat sich an den Magistrat der Städte der Provinz
gewendet mit dem Ersuchen, Vertrauensmänner zu ernennen,

die das Gewicht und die Preise der Getreidearten auf den
Märkten feststellen sollen.

* Nach dem amtlichen Protokoll über die letzte Vorstand-
sitzung der westpreussischen Landwirthschaftskammer
hat sich nur Herr v. Buttamer-Rantzsch — und diesem stimmte
auch der Vertreter der Regierung bei — für die Aufrecht-
erhaltung der gemischten Transitzölle in Danzig aus-
gesprochen. Andernfalls befürchtet Herr v. Buttamer, daß der
danziger Handel noch mehr zurückgehen, was auch den landwirth-
schaftlichen Interessen entgegenstehe! Die übrigen Mitglieder
des Vorstandes ließen sich durch Erwägungen dieser Art nicht
beeinflussen. Die gemischten Transitzölle vertragen sich nicht
mit den Kornölle, also fort damit! Solos freilich will der
Vorstand auch nur bauen, wenn der Minister dazu das Geld
gibt. Die Frage der Aufhebung der gemischten Transitzölle
und des Zolltariffs für Getreide und Mühlenfabrikate wird
benachlässigt am nächsten Tage auf Grund des Antrags des Grafen
Schwerin-Vöelck zur Verhandlung kommen.

* Neuerdings sind mehrere höhere Ministerialbeamte be-
auftragt worden, sich durch persönliche Umfrage über die
Wirkungen der Wäckeri-Verordnung zu informieren. Der
Gegensatz wird im Reichstage bei Wiederannahme des An-
trags Kardoff auf Aufhebung der Verordnung zur Sprache
kommen, und zwar an einem der ersten Schwerinsten.

* Der Prospekt für die von der Bayerischen Hypotheken- und
Wechselbank eingeführte Hypotheken-Lebensversicherung
ist jetzt ausgegeben worden. Die Erkenntnis von dem großen
und vielseitigen Nutzen der Lebensversicherung hat leider in den
landwirthschaftlichen Kreisen noch immer nicht jene Verbreitung
gefunden, welche im allgemeinen Interesse der landwirthschaft-
lichen Kreise selbst zu bringend zu wünschen wäre. Ist doch die
Lebensversicherung vorzüglich geeignet, die Hinterlassung eines
schuldfreien Gutes an die Erben zu vermitteln und ist
sie somit im Stande, als eine hervorragende Kraft an der Lösung
der großen Aufgabe der Schuldenentlastung des ländlichen
Grundbesitzes mitzuwirken! Beispiel: Ein 30jähriger Mann
nimmt bei der Bank ein Hypotheken-Darlehen von 1000 Mark
unter Abschluß einer Hypotheken-Lebensversicherung auf und hat
für letztere eine jährliche, gleichbleibende Prämie von 23.81 M.
(es kann auch nach jährlich abnehmenden Prämien versichert
werden) zu entrichten; stirbt derselbe z. B. nach zehn Jahren,
so ist die Hypothekenschuld mit seinem Tode getilgt, während
in einem anderen Falle, wenn der Schuldner ein gemischtes
Annuitäten-Darlehen mit 2 1/2 Proz. Tilgung (= 65 Mark
jährlich) aufgenommen hätte, nach zehn Jahren erst ein Betrag
von 303.72 Mark an der Hypothekenschuld abgetragen sein
könnte und also beim Tode des Schuldners noch eine Kapital-
restschuld von 696.28 Mark vorhanden wäre.

In letzter Zeit ist verschiedentlich von einer Verschlingung
des Reiches an Eisenbahnbauten in untern arita-
mischen Schutzgebieten die Rede gewesen. Die „Post“ glaubt,
daß alle Nachrichten darüber verflücht sind. Insbesondere
scheine nach Lage der Dinge nicht gerade wahrscheinlich, daß
von einer Verschlingung des Reiches in Schutzgebieten überhaupt
jetzt schon gesprochen werden könne; die Vorarbeiten hierfür
sind zu weit gefördert, daß schon jetzt das Reichsministerium
in eine Prüfung der Sache eintreten kann. Dabingegen möchte
das Blatt glauben, daß die Frage der Verschlingung des Reiches
am Bahnbau in Deutsch-Ostpreußen in absehbarer Zeit
seiner Befreiung annehmen wird. Ob die Reichsverwaltung sich
entschieden wird, eine Zinsgarantie zu übernehmen, wie das
neuerdings vielfach angefordert worden ist, möchte die „Post“
als nicht von vornherein feststehend bezeichnen. Es scheint jezt
ausgeschlossen, ob sich deutsches Privatkapital wirklich für den
Bahnbau in Deutsch-Ostpreußen interessieren werde; wenn aber
Privatmittel nur unter der Bedingung zu haben seien, daß das
Reich am ersten Tage an eine Zinsgarantie übertritt, so
möchte die „Post“ annehmen, daß das Reich vorziehen werde,
selbst zu bauen, zumal es das auch billiger können werde,
als es die Privatinitiative vermöge.

Schule und Kirche.

* Die ostpreussische Provinzialynode hat, wie aus
Königsberg berichtet wird, den sog. Professorenantrag
angenommen, in welchem das Kirchenregiment gebeten wird,
in stärkerer Maße als bisher der Staatsverwaltung gegen-
über den Anspruch der Kirche auf Verfassung solcher Professoren
für die evangelisch-theologischen Fakultäten, welche in ihrer
Vereine auf dem Boden des Bekenntnisses stehen, zur Geltung
zu bringen.

* Die Aufnahme der Lehrer in die Schulvorstände wird
zur Zeit von einzelnen Regierungen geleitet. So hat die
Schulabtheilung der Regierung zu Jpseln unter dem 24. Oktober
verfügt: „Auf dem Lande tritt neben den gewählten Vorständen
der Lehrer der Schule dem Schulvorstande als Mitglieder hinzu,
woraus sich ein Schulvorstand bildet.“ Wenn mehrere
Lehrer im Schulbezirk vorhanden sind, tritt einer der Lehrer in
den Schulvorstand ein, der von der Regierung dazu bestimmt
wird.“ Andere Regierungen begnügen sich damit, die Aufnahme
der Lehrer in die Schulvorstände im Sinne der ministeriellen
Verfügung als „erwünscht“ zu bezeichnen.

Parteinachrichten.

Ueber die Organisation der sozialdemokratischen
Partei, insbesondere die Redaktionsverhältnisse des „Vorwärts“
verhandelte am Freitag eine Versammlung Berliner Sozial-
demokraten. Der Delegirte vom Parteilag, Cigarrenhändler
Antzigt, sagte, daß trotz der Besprechungen die Redaction des
„Vorwärts“ auch nach dem Parteilag nicht besser geworden
sei. Die Berliner Partei müsse verlangen, daß das Blatt, das
auf ausschließlich von ihnen erhalten werde, einen anderen
Chefredacteur bekomme. Die angelegentlichste Pres-

